

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A)
- 4 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss) (C)
- zu dem Antrag der Abgeordneten Carsten Müller (Braunschweig), Ilse Aigner, Michael Kretschmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten René Röspel, Jörg Tauss, Nicolette Kressl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
- Innovationen für Deutschland durch das Siebte Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Krista Sager, Hans-Josef Fell, Kai Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
- Zukunftsfähige Forschung in Europa stärken**
- Drucksachen 16/1547, 16/710, 16/2891 –
- Berichterstattung:  
 Abgeordnete Carsten Müller (Braunschweig)  
 René Röspel  
 Cornelia Pieper  
 Dr. Petra Sitte  
 Krista Sager
- (B)
- ZP 2 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Pieper, Uwe Barth, Miriam Gruß, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP (D)
- Voraussetzungen für Entwicklung, Bau und Betrieb einer Europäischen Spallations-Neutronenquelle in Deutschland schaffen – Deutsche Bewerbung vorantreiben**
- Drucksachen 16/386, 16/2738 –
- Berichterstattung:  
 Abgeordnete Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)  
 Jörg Tauss  
 Cornelia Pieper  
 Dr. Petra Sitte  
 Krista Sager
- Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache einviertel Stunden vorgesehen. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.
- Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst der Bundesministerin Dr. Annette Schavan.
- (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)
- Dr. Annette Schavan**, Bundesministerin für Bildung und Forschung:
- Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Europa be-

Dann rufe ich nun den Tagesordnungspunkt 4 sowie den Zusatzpunkt 2 auf:

**Bundesministerin Dr. Annette Schavan**

- (A) sinnt sich auf seine Stärken in Wissenschaft und Forschung. Dafür steht das 7. Forschungsrahmenprogramm, das Kommissar Potocnik und ich in dieser Woche in Bonn vorgestellt haben. Es ist die zentrale Plattform für die wichtigsten Forschungsthemen. Es bündelt die europäischen Forschungsanstrengungen. Es ist gelungen, mit einer Laufzeit von sieben Jahren und einem Gesamtbudget von rund 54 Milliarden Euro das weltweit größte Forschungsrahmenprogramm auf den Weg zu bringen. In Erinnerung zu rufen ist: Dieser Etat liegt 60 Prozent über dem des 6. Forschungsrahmenprogramms.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich will in vier Punkten skizzieren, wie die Weichen für die europäische Forschung mit diesem Forschungsrahmenprogramm neu gestellt wurden:

- Erstens deutlicher **Bürokratieabbau**. Die Förderverfahren sind vereinfacht. Das senkt den Verwaltungsaufwand für die Forschenden. Die förderrechtlichen Vorgaben sind nun transparent und eindeutig. Wir reduzieren den administrativen Aufwand; das heißt weniger Formulare, weniger Bescheinigungen, weniger Bürgschaften. Vor allem aber starten wir mit dem neuen Programm ein einheitliches Kostenerstattungs-system. Alle Forschungseinrichtungen können ihre kompletten Kosten auf der Grundlage eines transparenten und national angepassten Kriterienkatalogs ansetzen. 60 Prozent der Kosten können pauschal erstattet werden. Das bedeutet über die eigentliche Projektförderung hinaus eine Stärkung der Institute der Hochschulen. Es handelt sich um ein zweistufiges Antragsverfahren, das günstigere Teilnahmebedingungen für die Wirtschaft bewirkt. Denn es ist dringend notwendig – das habe ich schon am Montag gesagt –, dass die Unternehmen in Europa noch stärker in die Förderung von Forschung und Entwicklung einsteigen.

Zweitens **thematische Kontinuität und Innovation**. Wir haben beim Vorläuferprogramm gelernt, dass die deutschen Unternehmen und die deutsche Wissenschaft dann besonders erfolgreich sind, wenn nationale und europäische Forschungsförderstrukturen gemeinsam wirken. So soll es auch beim 7. Forschungsrahmenprogramm sein. Zentrale Themen sind Energie, Gesundheit, Umwelt und Klimawandel, Ernährung, Landwirtschaft und Biotechnologie, Nanowissenschaft und Nanotechnologie, Material- und Produktionstechnologien, Transport, Sicherheit und Weltraum sowie, verbunden mit einer starken Strategie, die Informations- und Kommunikationstechnologien.

Für die Entwicklung in den nächsten Jahren ist bedeutsam, dass die thematischen Schwerpunkte im 7. Forschungsrahmenprogramm und in unserer High-techstrategie übereinstimmen und miteinander korrespondieren. Das ergibt für europäische Kooperationen gute Möglichkeiten.

Zu den Innovationen, die gefördert werden, zählt erstmals die Sicherheitsforschung mit einem Fokus auf innere Sicherheit. Erstmals finden auch die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften als eigener Schwerpunkt

- eine angemessene Berücksichtigung. Das passt sehr gut zusammen mit unserem Jahr der Geisteswissenschaften. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Cornelia Pieper [FDP])

Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Anwendung ist nicht nur unser Thema, sondern auch ein europäisches Thema. Auch das Forschungsrahmenprogramm enthält diesen Punkt. Die Fragen von Technologietransfer und Ergebnisverwertung werden schon bei der Projektauswahl eine wichtige Rolle spielen.

Drittens die **Grundlagenforschung**. Sie ist ein wirklich neues Kapitel der europäischen Forschungsförderung. Der Europäische Forschungsrat, der in den nächsten Wochen seine Arbeit aufnehmen wird, gehört mit dazu. Es ist ein zweiter wichtiger Impuls. Europäischer Forschungsrat bedeutet nach dem Vorbild der Deutschen Forschungsgemeinschaft: unabhängige und souveräne Wissenschaft in Europa, Stärkung einer europäischen Strategie der Grundlagenforschung. Jeder kennt die forschungspolitische Philosophie: Starke Grundlagenforschung und langfristig angelegte Strategien in der Grundlagenforschung sind die Voraussetzungen für angewandte Forschung, für die Umsetzung der Forschungsergebnisse und für die Innovationskraft in Europa.

- Ich kann nur sagen: Wir können diese Veränderung nicht hoch genug einschätzen. Das ist im Vergleich zur bisherigen Forschungspolitik eine wirklich neue Philosophie. Deutschland war hier prägend tätig. Das wird nicht zuletzt daran deutlich, dass der bisherige Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft der erste Generalsekretär des Europäischen Forschungsrates ist. Hierin liegt eine große Chance. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Viertens **Nachwuchsförderung**. Wir haben es an verschiedenen Stellen und in verschiedenen Debatten schon gesagt: Der weltweite Innovationswettbewerb wird als Wettbewerb um Talente entschieden. Wir wissen, dass es in Europa einen enormen Nachholbedarf gibt. Nach Analysen aus den vergangenen Jahren fehlen in Europa zwischen 500 000 und 700 000 Forscherinnen und Forscher. Das heißt, Ziel aller Instrumente, die wir im Bereich der europäischen Forschungspolitik in Gang setzen, muss immer die stärkere Einbeziehung der jungen Forscherinnen und Forscher sein. Der wissenschaftliche Nachwuchs ist das Rückgrat der Forschung.

Auf meinen Vorschlag hin hat sich der Europäische Forschungsrat dazu entschlossen, gerade in der ersten Phase der Förderung exzellenter Teams von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern eine hohe Priorität einzuräumen. Dafür stehen rund 380 Millionen Euro zur Verfügung. Auch das ist ein ganz wichtiger Akzent im Hinblick auf eine weitsichtige europäische Forschungspolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Bundesministerin Dr. Annette Schavan**

- (A) Dass es mehr junge Leute gibt, die sich für Forschung und Wissenschaft interessieren, setzt voraus, die Rahmenbedingungen für Forschungskarrieren in ganz Europa attraktiv zu gestalten, damit wir im Wettlauf der Besten und um die Besten mithalten. Der Erfindungs- und Pioniergeist junger Forscherinnen und Forscher darf nicht durch überkommene Regularien erstickt werden. Junge Wissenschaftler brauchen Freiräume, in denen sie ihre Talente selbstständig entfalten können. Das 7. Forschungsrahmenprogramm wird uns zum Beispiel mit den Marie-Curie-Maßnahmen für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf den richtigen Weg bringen.

Ich bin davon überzeugt: Das 7. Forschungsrahmenprogramm wird die nationalen Innovationsstrategien deutlich unterstützen. Deutschland wird davon profitieren. Wir sind schon heute an 80 Prozent EU-geförderter Forschungsvorhaben beteiligt. Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wird gefördert werden. Wir werden zu einer neuen Vernetzung der Spitzencluster in Europa kommen und damit das erreichen, was wir dringend erreichen müssen: die wissenschaftlichen Ressourcen in Europa besser zu nutzen, die europäische Forschungsinfrastruktur weiter aus- und aufzubauen sowie die Kräfte der Europäischen Union im Bereich Forschung und Innovation zu stärken.

- (B) Ich will an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, dass das zwar wichtige Schritte sind, aber weitere folgen müssen. Das **Lissabonziel** wird nicht automatisch erreicht; das muss in der Europäischen Union klar gesagt werden. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn die Erhöhung staatlicher Mittel mit erheblichen Steigerungen der Finanzinvestitionen für Forschung und Entwicklung seitens der Unternehmen in den Mitgliedsländern der Europäischen Union verbunden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Schon am Montag habe ich gesagt: Im Hinblick auf Investitionen der Unternehmen besteht zwischen den USA und Europa eine Differenz von 480 Milliarden Euro. Es muss in den nächsten Jahren aufseiten der Unternehmen einen deutlichen Schub geben, um die Ziele und die Vorlage, die wir in Form von staatlichen Investitionen geleistet haben, tatsächlich zum Erfolg zu führen.

Das 7. Forschungsrahmenprogramm für Europa – es ist das weltweit größte – bildet die Grundlage für künftigen Wohlstand in Europa. Es ist ein Instrument der **Zukunftssicherung**. Es ist ein Instrument, das aufgrund der erheblichen Möglichkeiten, die damit verbunden sind, als Quelle für europäische Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit und damit auch als ein, wie ich finde, überzeugender Beitrag zur Generationengerechtigkeit in Europa genutzt werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort erhält nun die Kollegin Cornelia Pieper für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

**Cornelia Pieper (FDP):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Frau Ministerin, Deutschland hat die EU-Ratspräsidentschaft angetreten und wird – da bin ich mir sicher – gerade auf dem Gebiet der Forschung und Technologie deutliche Zeichen setzen müssen und wollen. Denn es geht darum, den stotternden Motor des **Lissabonprozesses** endlich rundlaufen zu lassen. Wir wollen, dass sich Europa zum Zentrum eines auf Forschung, Entwicklung und Technologie basierenden Weltwirtschaftsraums entwickelt. Dabei darf man, glaube ich, nicht außer Acht lassen, dass Deutschland nach wie vor die treibende Kraft bei der Entwicklung des Innovationsmotors im europäischen Wirtschaftsraum bleiben wird.

Es macht uns als Liberale auch stolz, dass wir nach dem Vorbild der Deutschen Forschungsgemeinschaft auf europäischer Ebene den **Europäischen Forschungsrat** gegründet haben, dem Professor Winnacker, der auch in der deutschen Forschungslandschaft große Leistungen vollbracht hat, als Generalsekretär vorsteht. Wir setzen auf seine wissenschaftliche Exzellenz und auf den wissenschaftlichen Beitrag der Nobelpreisträgerin Christiane Nüsslein-Volhard und des Physikchemikers Hans-Joachim Freund, die auch in dem Rat mitarbeiten. Das ist ein gutes Zeichen, nicht nur für Deutschland und Europa.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In der Tat ist das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm mit seinen rund 54 Milliarden Euro bemerkenswert, womit auch ein Beitrag geleistet werden soll, um die **EU-Forschungsausgaben** von 2 Prozent auf 3 Prozent zu steigern. Wir müssen uns aber angesichts des globalen Wettbewerbs fragen, ob wir nicht nur in Europa, sondern auch in Deutschland den Zug auf das richtige Gleis gesetzt haben und ein ausreichend schnelles Tempo fahren. Dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie für Bildung in Europa allein 5 Prozent des Gesamthaushalts ausmachen und fast die Hälfte des EU-Haushalts immer noch in die Landwirtschaft fließt, ist auch auf europäischer Ebene für uns Liberale immer noch nicht die richtige Prioritätensetzung.

(Beifall bei der FDP)

Der Forschungskommissar Potocnik – Frau Schavan hat es bereits erwähnt – hatte für das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm mehr Forschungsinvestitionen gefordert. Das ist leider vereitelt worden. Die Prognosen sagen voraus, dass es angesichts des jetzt eingestellten Betrages in Höhe von 54 Milliarden Euro schwer sein wird, das 3-Prozent-Ziel zu erreichen.

Die Kritiker mahnen zu Recht, dass die Ausgaben für Forschung nicht ausreichen werden, um zum einen den

Cornelia Pieper

- (A) Rückstand zur US-amerikanischen Forschung aufzuholen und zum anderen auch den Wettlauf mit den an die Spitze strebenden **asiatischen Staaten** zu gewinnen. Japan gibt jetzt schon rund 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aus, die USA fast 3 Prozent. Das zeigt doch nur eines: Wir brauchen mehr Tempo.

Hinzu kommt, dass die Aufholjagd mancher Länder ungeheure Ausmaße angenommen hat. Denken Sie an Indien und China! Indien gehört heute zu den Top Ten der Welttrangliste. China hat dem Rest der Welt mit einem großangelegten Technologieprogramm den Kampf angesagt. Angesichts dieser Tatsache finde ich es eigenartig, dass die Bundesregierung **China** immer noch als Entwicklungsland betrachtet und jährlich mit 300 Millionen Euro Entwicklungshilfe fördert.

(Beifall bei der FDP)

Deutschland muss sich zwar als Innovationsmotor für die europäische Forschungsentwicklung mit Blick auf die Zukunft orientieren, aber es hat sich noch nicht darauf eingestellt. Während sich Asien und Südamerika im **Transrapid** auf der Überholspur bewegen, sitzen wir in Deutschland immer noch im Schlafwagenabteil.

(Beifall bei der FDP)

- (B) Allein dass die neue Spitzentechnologie des Transrapid zwar in Deutschland erfunden worden ist, er aber bis heute nicht hier gebaut wird, trägt eine gewisse Symbolik. Denn Forschungspolitik wird nicht dadurch glaubwürdiger, dass Erfindungen mit deutschen Steuergeldern im Ausland gebaut werden und abwandern. Das kann nicht das Ziel sein. Die Bundesregierung hat die Aufgabe, diesen Prozess zu stoppen.

Überhaupt müssen wir lernen, vor unserer eigenen Haustür zu kehren und unsere Chancen besser zu nutzen. Das fängt mit dem **3-Prozent-Ziel** an. Es ist in der Tat mutig und richtig, dass die Bundesregierung bis 2010 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgeben will und 6 Milliarden Euro zusätzlich in den Haushalt eingestellt hat. Doch die Autoren des Berichts zur technologischen Leistungsfähigkeit rechnen damit, dass allein die öffentliche Hand ihre jährlichen Ausgaben bis zum Jahr 2010 um 6 Milliarden Euro steigern müsste, um das 3-Prozent-Ziel zu erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Aber allein die Tatsache, dass die Bundesregierung bereits in diesem Haushaltsjahr wieder 260 Millionen Euro mehr für die Steinkohlesubventionen ausgibt, zeigt, dass sie die Prioritätensetzung zugunsten von Forschung und Entwicklung noch längst nicht begriffen hat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jörg van Essen [FDP]: Es wird die Vergangenheit gefördert, nicht die Zukunft!)

Somit wird die Vergangenheit subventioniert, aber nicht in die Zukunft investiert.

- Frau Ministerin, Sie haben gesagt, wir bräuchten mehr Investitionen in Bildung und Forschung durch die Bundesländer und das Engagement der Wirtschaft. Aber sieben Bundesländer werden trotz des Paktes für Forschung ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung in diesem Jahr nicht steigern. Das ist im Hinblick auf das Erreichen des 3-Prozent-Ziels nicht hilfreich. (C)

(Beifall bei der FDP – Jörg van Essen [FDP]:  
Ein Skandal!)

Frau Ministerin, Sie erheben den Anspruch, dass Deutschland der Innovationsmotor in Europa ist. Die Bundeskanzlerin fordert, mehr Freiheit zu wagen. Ob wir diese Rolle in Europa spielen werden, hängt davon ab, ob der **Innovationsmotor** in Deutschland wie geschmiert läuft. Wenn man aber genau hinschaut, dann stellt man fest, dass er stottert.

Erstens. Es zeigt sich, dass sich die Große Koalition schwer damit tut, die bestehenden Konfliktpotenziale bei der Roten und der Grünen Biotechnologie sowie bei der kerntechnischen Sicherheits- und Endlagerforschung aufzuheben und einer Lösung zuzuführen.

Zweitens. In den Haushaltsberatungen setzten sich die Gegner der von Forschungsministerin Schavan angekündigten Kernfusionsforschung durch und sperrten kurzerhand wichtige Forschungsmittel.

- Drittens. In ihrer Regierungserklärung hob Frau Bundeskanzlerin Merkel auf die Freiheit der Entwicklungsmöglichkeiten bei der Nano-, der Bio- und der Informationstechnologie ab. Doch noch stehen die Signale des Aufbruchs allein für die sogenannte Grüne Biotechnologie auf Rot. Das ist an der ablehnenden Haltung gegenüber Freisetzungsversuchen und der zögerlichen Haltung gegenüber der Novellierung des Gentechnikgesetzes zu erkennen. Forschung im Labor vorantreiben zu wollen, bedeutet aber, Freisetzungsversuche nicht abzulehnen. Das ist innovationshemmend. Das wollen wir Liberale nicht. (D)

(Beifall bei der FDP)

Viertens. Auf dem Gebiet der Roten Biotechnologie wurde von der Bundeskanzlerin die Novellierung des **Stammzellgesetzes** angekündigt. Doch schon die zuständige Forschungsministerin Schavan eröffnet das Sperrfeuer gegen die Aufhebung der Stichtagsregelung. Wir Liberale fordern seit langem eine solche Aufhebung. Frau Ministerin, ich fordere Sie auf: Beenden Sie den jämmerlichen Zustand im deutschen Recht! Dass deutsche Stammzellforscher, selbst wenn sie mit anderen europäischen Forscherteams zusammenarbeiten, strafrechtlich verfolgt werden können, hat nichts mit Forschungsfreiheit zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Es ist ebenfalls scheinheilig, dass mit deutschen Steuergeldern und deutscher Zustimmung im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm EU-Projekte zur Stammzellforschung gefördert werden. Dazu wollen wir von der Bundesregierung eine klare Aussage. Wohin soll der Zug fahren? Wie soll der Innovationsmotor laufen?

(Beifall bei der FDP)

Cornelia Pieper

- (A) Deutschland braucht in Europa und im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe und um Spitzentechnologie nicht nur eine Hightechstrategie bis 2009, sondern auch eine zwischen Bund und Ländern abgestimmte nationale **Forschungsstrategie**. Vor allem müssen wir einen nationalen Führungsanspruch erheben. Deutschland muss als Hightechstandort seine Kräfte darauf konzentrieren, die energiewirtschaftliche Technologieführerschaft zu übernehmen und zu behaupten, insbesondere was die Steigerung der Energieeffizienz, aber auch was die Technologien klimaneutraler Energiegewinnung durch Biomasse und Geothermie sowie Windenergiegewinnung auf See oder modernste Abscheide- und Einlagerungstechnologien bei den Treibhausgasen anbelangt. Wir müssen unsere Anstrengungen vergrößern. Wir dürfen – im Gegensatz zur Planung der Bundesregierung – unseren technologischen Vorsprung bei der Sicherheit von Kernkraftanlagen und der Entsorgung nicht einbüßen.

(Beifall bei der FDP)

Mit einem Wort: Deutschland braucht eine mutige Innovationspolitik, die zukunftsorientiert und ideologiefrei ist. Das können wir aber bei der Großen Koalition, genauso wenig wie zuvor bei Rot-Grün, nicht erkennen. Deswegen fordere ich Sie auf, Frau Ministerin: Haben Sie mehr Mut und wagen Sie mehr Freiheit! Das ist gut für Deutschland und für Europa. Wir alle gewinnen dabei. Auf diesem Weg werden wir Ihnen gerne helfen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

- (B) **Präsident Dr. Norbert Lammert:**  
Der Kollege René Röspel ist der nächste Redner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**René Röspel (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Pieper, Sie haben die Rede von vor fünf Monaten noch einmal gehalten.

(Cornelia Pieper [FDP]: Das kann ich Ihnen nicht oft genug erzählen!)

Deswegen will ich gar nicht weiter darauf eingehen, bis auf zwei Punkte vielleicht. Darüber, dass Sie bei der Stammzellenforschung falsch liegen, werden wir morgen in aller Breite debattieren. Dann werden wir die Diskussion führen und die Argumente austauschen. Was die Entwicklungshilfe für China anbelangt, will ich nur eine Bemerkung machen: Aus meiner Sicht tobt der Kapitalismus nirgends schlimmer als im kommunistischen China.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es dort Menschen gibt, die in bitterer Armut leben und denen deutsche Entwicklungspolitik mit konkreten Projekten helfen kann, dann sind die 300 Millionen Euro gut angelegtes Geld, auch für die Beziehungen in der Welt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Europa ist klüger, als viele Menschen denken. Das erlebt man in den täglichen Debatten. Aber Europa kann noch klüger werden. Vor allem muss Europa noch klüger werden. Deshalb hat sich der **Europäische Rat in Lissabon** im März 2000 ein strategisches Ziel für dieses Jahrzehnt gesetzt. Er schreibt, Europa solle zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden. Seit 17 Tagen ist die Europäische Union ein Stück weiter und auf einem guten Weg; denn seit 17 Tagen ist das 7. Forschungsrahmenprogramm in Kraft. Über 50 Milliarden Euro werden in den Jahren 2007 bis 2013 zur Verfügung gestellt, um die EU zum weltweit führenden Forschungsraum zu machen. Das Geld wird in viele sinnvolle Bereiche investiert.

Allein 6 Milliarden Euro gehen in ein **Gesundheitsforschungsprogramm**, das dazu dienen soll, die Gesundheit der Bürger in unserem Europa zu verbessern. Klinische Forschungen über Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Infektionskrankheiten und auch über bisher vernachlässigte Krankheiten, die häufig in der Dritten Welt eine Rolle spielen, sollen stärker unterstützt werden. Besonderes Augenmerk im Rahmen der Gesundheitsforschung wird auf Kindergesundheit und auf Altersforschung gelegt.

2,3 Milliarden Euro stehen für **Energieforschung** zur Verfügung. Da ist das Ziel nicht die Steigerung, sondern die Minderung des Energieverbrauchs, also mehr Energie sparen. Darauf wird mein Kollege Dieter Grasedieck gleich sehr ausführlich eingehen. 1,8 Milliarden Euro werden in **Umweltforschung** investiert, zum Beispiel für Umwelt und Gesundheit, für die Erhaltung der biologischen Vielfalt, aber auch für Klimaforschung. Wie wichtig das ist, hat uns das Wetter in den letzten Wochen ahnen lassen, und das werden wir vielleicht auch im Laufe des heutigen Tages merken.

(Beifall bei der SPD)

Sinnvoll ist deswegen auch, dass die Europäische Union mit diesem Rahmenprogramm 4,2 Milliarden Euro für **Verkehrsforschung** investieren wird; denn 25 Prozent, also ein Viertel aller Kohlendioxidemissionen, die für den Treibhauseffekt verantwortlich sind, kommen aus dem Verkehr. Da müssen wir in Europa sehr viel besser werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

1,3 Milliarden Euro werden für ein **Sicherheitsforschungsprogramm** ausgegeben. Hier sollen neue Techniken entwickelt werden, um die EU und deren Bürger gegen Bedrohungen wie Terrorismus, Naturkatastrophen und Kriminalität zu schützen. Auch wenn – siehe ganz aktuell Spanien und ETA – die Gefahr der terroristischen Bedrohung in Europa vorhanden ist und zweifelsohne nicht wegdiskutiert werden kann, so haben wir doch einige Probleme mit der Intention und mit der Ausführung des Programms. Wenn man glaubt, Menschen fühlten sich in erster Linie durch Terrorismus bedroht, dann greift das zu kurz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**René Röspel**

- (A) Wenn man beispielsweise die Schüler der Geschwister-Scholl-Schule in Emsdetten fragen würde, wovon sie sich aktuell bedroht fühlten, dann würde man sicherlich eine andere Antwort erhalten als die, die der Hausbesitzer in Königstein an der Elbe geben würde, dessen Haus 2002 beim Elbhochwasser zerstört worden ist. Hinsichtlich des Sicherheitsbedürfnisses – ich schaue die Kollegin Arndt-Brauer an – der Ochtruper im Münsterland sind sicherlich die Erinnerung an den letzten Winter und die Erfahrung zu berücksichtigen, mehrere Tage ohne Strom auskommen zu müssen, weil die Strommasten der Schneelast nicht haben standhalten können. Auch das ist eine Frage von Sicherheit und Sicherheitsempfinden. Deshalb ist es richtig, dass wir im Koalitionsantrag Wert darauf legen, dass die Gefahren und Risiken untersucht werden, denen die Menschen tatsächlich und in ihrem alltäglichen Umfeld ausgesetzt sind.

(Beifall bei der SPD)

Sicherheitsforschung muss die Bedürfnisse der Menschen berücksichtigen.

Wir legen ausdrücklich auch Wert darauf, dass auf europäischer Ebene und durch deutsche Programme keine Forschung unterstützt wird, die unmittelbar auf militärische Zwecke ausgerichtet ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mit dem 7. Forschungsrahmenprogramm wird – Frau Ministerin hat das schon erwähnt – ein neuer Schritt gegangen: Der **Europäische Forschungsrat** wird eingerichtet; Forscher aller Fachrichtungen können Projekt-mittel beantragen; insgesamt 7,4 Milliarden Euro stehen zur Verfügung. Einziges Kriterium für die Vergabe der Mittel ist die Exzellenz der beantragten Arbeit. Wir wünschen in diesem Sinne dem Gründungsgeneralsekretär und ehemaligen Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Professor Winnacker, viel Glück und Erfolg. Das ist ein guter Schritt, den Europa damit tut.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Europäischer Forschungsrat bedeutet: freie Fahrt für exzellente Forschung, aber im Rahmen der Leitplanken, die von der Gesellschaft durch Werte und Gesetz vorgegeben werden! Von dieser Stelle darf ich an die EU einmal die dringende Aufforderung richten, etwas mehr Sensibilität bei gesellschaftlich umstrittenen Fragen, die in den Mitgliedstaaten sehr differenziert diskutiert werden, an den Tag zu legen.

Von diesem 50-Milliarden-Euro-Programm werden nicht nur die Wirtschaft, die Forschung und die Lehre profitieren; es ist gleichzeitig ein gewaltiges **Investitionsprogramm**, von dem auch die Wirtschaft profitieren wird. Aber halt: Nur nehmen gilt auch nicht. Frau Ministerin Schavan hat in den letzten Tagen und auch in der heutigen Debatte ausdrücklich und mit Recht darauf hingewiesen, dass sie von den Unternehmen mehr und stärkere Investitionen in Forschung und Entwicklung und in Ausbildung verlangen muss und kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ausbildung und Forschung sind nicht nur Aufgaben der öffentlichen Hand, sie sind nicht nur im Interesse der Wirtschaft, sondern eigentlich deren Handlungsbasis. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zu Beginn meiner Rede habe ich das Lissabonziel zitiert; danach soll Europa zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt gemacht werden. Mit diesem Programm geht es aber nicht nur darum, Platz eins in der Welt zu erobern, sondern auch darum, Europa nach innen zu entwickeln und zu stabilisieren. Wenn wir es mit diesem Programm schaffen, den jungen Menschen, die oben auf den Besuchertribünen sitzen, in einem zusammenwachsenden und stabilen Europa eine Perspektive zu geben, eine gute Ausbildung zu ermöglichen, bei ihnen vielleicht das Interesse zu wecken, Ingenieur oder Forscher zu werden – Wissenschaft macht nämlich ungeheuer Spaß –, und später eine gesunde Umwelt und ein stabiles Europa vorzufinden, dann haben wir ein wichtiges Ziel erreicht und dann wäre ich sogar zufrieden, wenn wir nur Platz zwei in der Welt erobern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort erhält nun die Kollegin Petra Sitte für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

(D)

**Dr. Petra Sitte (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir reden über das neue EU-Forschungsrahmenprogramm ganz zu Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Ich bin schon der Auffassung, dass man beides nicht voneinander trennen kann, dass man auch in diesem Kontext EU-Forschungspolitik diskutieren muss. Deshalb muss man eben auch etwas zu dieser Ratspräsidentschaft sagen, die natürlich eine gewichtige Aufgabe ist – für jedes Land.

Sie wissen genauso gut wie ich, dass diese Ratspräsidentschaft für Deutschland eine ganz besondere Herausforderung ist, und zwar nicht, weil Deutschland vor kurzem die **Ratspräsidentschaft** übernommen hat, sondern weil die Europäische Gemeinschaft selbst in einer Krise steckt. Das manifestiert sich nicht nur im Scheitern des Verfassungsvertrages. Seine Ablehnung durch Volksabstimmungen, die Unterbrechung des Ratifikationsprozesses in vielen Mitgliedstaaten erfordern zwangsläufig einen Neuanfang und eine Diskussion über Ziele und Inhalte der europäischen Verfassung. Das hat auch mit europäischer Forschungspolitik zu tun.

Ich befürchte allerdings, dass Krisenmanager es nicht im Sinn haben, die Ablehnungsgründe stärker zu thematisieren. Offensichtlich scheint auch die Bundesregierung diesen Kurs zu tolerieren; denn, wie angekündigt, wird jetzt eine Diplomatie der kleinen Gesprächskreise begonnen. Dabei werden – so ist zu befürchten – Kriti-

Dr. Petra Sitte

- (A) ken weichgezeichnet, Abstraktionsebenen erhöht, um letztlich vielleicht doch noch zu Kompromissen zu kommen. Diese Verschleierung darf die Bundesregierung während ihrer Ratspräsidentschaft eben nicht zulassen. Sie muss dem aktiv begegnen. Das ist ihre Verantwortung innerhalb dieses Prozesses.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie werden der EU-Verfassung nur dann neue Impulse geben können, wenn Sie vertrauensbildende Inhalte vorschlagen. Wir haben in unserem Memorandum festgehalten: Die EU ist als politischer, ökonomischer, sozialer und ökologischer Verbund zu konzipieren. Europa darf sich nicht auf ökonomische Rivalität gegen andere Regionen und damit gegen Menschen in anderen Regionen reduzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir gewinnen die Zukunft gemeinsam nur, wenn wir uns eben nicht abgrenzen, sondern auf eine faire und **friedliche Globalisierung** setzen. Das ist aus unserer Sicht die Gestaltungsidee für Gesamteuropa.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Ihr seid doch gegen die Globalisierung!)

Das ist auch die Gestaltungsidee, die die Forschungspolitik Europas durchziehen müsste.

(Beifall bei der LINKEN)

Was heißt das jetzt konkret?

- (B) Erstens. Ungerechtigkeiten im Bildungssystem, insbesondere sozialbedingte, sind abzubauen.

Zweitens. Der europäische Forschungs- und Bildungsraum muss demokratische Mitwirkung ermöglichen.

Drittens. Die Themen sind an den zentralen Konflikten und Widersprüchen der Gesellschaft – an der Arbeitslosigkeit, der demografischen Entwicklung und der Armut – auszurichten.

Viertens. Der Wissenstransfer muss neue reale Beschäftigungschancen bieten.

Jetzt schauen wir einmal, wie das neue EU-Forschungsrahmenprogramm herangeht: Als Ziel wird bestimmt – es wurde eben schon erwähnt –, Europa als wissensbasierten, wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum zu gestalten. Ich sage: Die Forschungsinvestitionen der Mitgliedstaaten zu steigern bleibt fragwürdig, solange ihr kleinster gemeinsamer Nenner vor allem in privatwirtschaftlicher Verwertbarkeit besteht.

(Beifall bei der LINKEN)

So verwundert es am Ende nicht, wenn es der Forschungsförderung auf europäischer Ebene an Leitlinien für einen europäischen und globalen Integrationsprozess fehlt. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit bleiben nur unverbindliche Ziele der Forschungsförderung.

Frau Merkel hat unlängst gesagt, sie wolle das Thema **Klimawandel** zum Schwerpunkt der EU-Präsidentschaft machen. Die Forschungsförderung im Bereich Klima-

wandel ist in diesem Forschungsrahmenprogramm aber nur in Versatzstücken fixiert. Vom Mittelzuwachs profitieren vor allem Hochtechnologien und Verfahrensoptimierungen. Informations-, Kommunikations-, Nano-, Produktions- sowie Werkstofftechnologien und nicht zuletzt die Weltraumforschung werden mit rund 15 Milliarden Euro bedacht.

Themen- und disziplinenübergreifende Forschungen, die Konzepte zur Bewältigung von sozialen, ökologischen und ökonomischen Problemen erarbeiten könnten, bleiben in diesem Programm im Verhältnis zu den anderen Forschungsbereichen krass unterfinanziert. Während im Hightechbereich Milliarden investiert werden, sind für Geistes- und Sozialwissenschaften nur 610 Millionen Euro vorgesehen. Daher sollte die Bundesregierung ihre Ratspräsidentschaft nutzen, aus dem deutschen Jahr der Geisteswissenschaften 2007 neue Impulse für die EU-Politik zu gewinnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage ausdrücklich: Wir sollten endlich anfangen, das wissenschaftliche Potenzial der Geistes- und Sozialwissenschaften für die Erarbeitung dringend benötigter globaler Gestaltungskonzepte zu nutzen.

Ähnliche Defizite gibt es aber auch in anderen Bereichen, etwa im Bereich der **Energieforschung**. So sind für erneuerbare Energien nur 400 Millionen Euro vorgesehen. Dagegen werden in die Kern- und Fusionsenergie zweistellige Milliardenbeträge gesteckt. Was aber ist alenthalben unbestritten? Die Perspektiven erneuerbarer Energien sind vielversprechend. Das gilt nicht für die Kernenergie. Die Perspektiven der Fusionsenergie sind völlig offen. Deshalb sagen wir: Hier müssen die Förderprioritäten umgekehrt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Ökonomisierung der Forschung engt nicht nur die Forschung selbst ein. Nein, die Forschung liefert uns wissenschaftlich fundierte Alternativen für unsere politischen Entscheidungen, die wir hier zu fällen haben. Infolgedessen wird es, wenn dort keine Förderung erfolgt, wenn dort keine Konzepte entwickelt werden, unseren Debatten und den öffentlichen Debatten immer an Substanz fehlen. Deshalb ist diese Entwicklung so dramatisch; das darf die Forschungspolitik auf EU-Ebene nicht ignorieren.

Deshalb wenden wir, Die Linke, uns auch so entschieden gegen das neue **Sicherheitsforschungsprogramm**.

(Beifall bei der LINKEN)

Es steht exemplarisch für das, was wir kritisieren. Mittel dieses Programms werden in erster Linie nicht etwa zivil für den Schutz vor Umwelt- und Naturkatastrophen, sondern einseitig für technologische Forschungen in den Bereichen der Terrorismusbekämpfung und der äußeren Verteidigung eingesetzt. Die Ergebnisse dieser mit öffentlichen Mitteln, also mit Steuergeldern gewonnenen Erkenntnisse werden dann privatwirtschaftlich angeeignet und kommerzialisiert. Es ist völlig logisch, dass mit dieser Ausrichtung der Forschungspolitik am Ende nicht

Dr. Petra Sitte

- (A) viel von den Ankündigungen übrig bleibt, sich auf Prävention und Ursachenbekämpfung zu konzentrieren.

Ich will darauf verweisen, dass der Weg, den die Bundesregierung bei der Umverteilung und Strukturveränderung von Instituten jetzt geht, außerordentlich problematisch ist. Da finden sich Institute aus dem Sicherheitsbereich nämlich plötzlich in zivilen Forschungseinrichtungen wieder. Damit verwischen sich letztlich auch die Grenzen zwischen Wehr-, Verteidigungs- und ziviler Sicherheitsforschung. Das widerspricht der Beschlusslage des Bundestages.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin sehr gespannt auf die Kabinettsvorlage, die Ende Januar zum nationalen Sicherheitsprogramm der Bundesrepublik Deutschland eingebracht werden wird.

Ich will dabei auch auf die Situation der Beschäftigten verweisen. Nachdem sie über Jahre im zivilen Forschungsbereich gearbeitet haben, finden sie sich jetzt unter Umständen in Themen integriert, die eine militärische Ausrichtung haben. Das widerspricht der EU-Charta für Forscherinnen und Forscher.

Ich glaube, dass die Bundesregierung sich in diesem Bereich der EU-Position gebeugt hat und dass an dieser Stelle die eigentlich vorhanden gewesen Widerstände aufgegeben worden sind. Wir können das nicht akzeptieren. Diese Art von Heimatschutz in Deutschland bzw. Europa lehnt die Linke ab.

Abschließend sei mit Blick auf die – natürlich auch mediale – Selbstdarstellung zu den Chancen Deutschlands in der Ratspräsidentschaft doch noch einmal an Folgendes erinnert: Es handelt sich um ein turnusmäßiges Ereignis. Jedes Mitgliedsland ereilt das früher oder später, gewollt oder ungewollt. Aus der Diskussion der letzten Wochen konnte man aber den Eindruck gewinnen, als habe Deutschland die Ratspräsidentschaft erobert und sei jetzt in der Lage, für das nächste halbe Jahr das Europawetter vorauszusagen.

(Beifall bei der LINKEN)

An 181 Tagen wird die Bundesregierung allein 107 Konferenzen abhalten. Nun hoffe ich sehr, dass diese Ratspräsidentschaft sich am Ende der Zeit nicht auf eine Ratskonferenzschaft reduziert haben wird.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin Krista Sager, Bündnis 90/Die Grünen.

**Krista Sager (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass es im 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union zwar nicht so viel Geld gibt, wie viele erhofft haben, aber deutlich mehr als im 6. Forschungsrahmenprogramm, ist zumindest ein Zeichen dafür, dass in Europa das Einvernehmen darüber, wo in Zukunft die Prioritäten liegen müssen, wächst, und das ist ein gutes Signal.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

(C)

Ich finde, dass das Europäische Parlament bei seinen Nachbesserungen eine überwiegend gute Rolle gespielt hat. Dass vom Parlament zum Beispiel die Forschungsmittel für erneuerbare Energien und Energieeffizienz erhöht worden sind, hat zwar nicht zu einem Ergebnis geführt, mit dem wir als Grüne zufrieden sind, aber es hat doch gezeigt, dass das Parlament das Signal setzen wollte: Wir müssen uns im Angesicht des Klimawandels an dieser Stelle viel mehr anstrengen. – Auch das ist ein gutes Zeichen gewesen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ein besonderes Augenmerk richtet sich natürlich auf die neuen Instrumente. Einen **Europäischen Forschungsrat**, der die Exzellenz in der Grundlagenforschung stärken soll, halten auch wir für einen sehr viel versprechenden Ansatz. Dass dieser Forschungsrat als Allererstes die Unabhängigkeit besonders guter Nachwuchswissenschaftler stärken und fördern will, ist erfrischend und steht im Gegensatz zu der Kleinmütigkeit, mit der hier in Deutschland die Juniorprofessur gefördert worden ist. Dabei waren wir viel zu lange viel zu zögerlich. Es ist gut, dass die europäische Ebene uns zeigt: Da müssen wir in Zukunft einen Schwerpunkt setzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Wie gut dieser Forschungsrat sein wird, wird in erster Linie davon abhängen, ob er tatsächlich von nationalen und wissenschaftlichen Lobbyistengruppen unabhängig ist. Das muss er unter Beweis stellen. Da wird es nicht reichen, wenn er sagt, seine Entscheidungen seien wissenschaftsgeleitet. Dabei sind wirklich Evaluation und Transparenz gefragt. Daran wird am Ende seine Glaubwürdigkeit hängen.

Ausgesprochen kritisch sehen wir die Diskussion um das sogenannte Europäische Technologieinstitut. Es ist erst einmal gut, dass eine europäische Sondergründung auf der grünen Wiese abgewehrt worden ist. Das aber ist nur ein schwacher Trost, erkennt man jetzt doch: Mit diesem Namen soll um jeden Preis etwas umgesetzt werden, ohne dass ein glaubwürdiges Konzept erkennbar ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich stehe einem **Top-down-Ansatz**, dass also auf europäischer Ebene entschieden wird, wo in Europa die besten Ressourcen hinsichtlich Ausbildung und Forschung auf einem Gebiet zusammengezogen werden sollen, sehr skeptisch gegenüber. Ich sehe darin eher einen Gegensatz zum Europäischen Forschungsrat und zu den Instrumenten des 7. Forschungsrahmenprogrammes. Für mich entsteht hier ein großes Tummelfeld für nationale und industrielle Lobbyistengruppen. Auch die deutschen Hochschulen finden es ausgesprochen dubios, dass diese Einrichtungen nicht nur die Forschung fördern, sondern auch Abschlüsse erteilen sollen.



Krista Sager

- (A) Wir müssen uns auch einmal fragen, wie sich Deutschland im europäischen Rahmen selbst aufgestellt hat. Wir haben gerade entschieden, dass die Bundesregierung hinsichtlich Lehre und Studium weder auf der nationalen noch auf der europäischen Ebene ein Wort mitreden soll. Auf der europäischen Ebene gibt es demgegenüber eine Tendenz in Richtung Top-down-Entscheidungen. Europäische Einrichtungen, die Forschung und Lehre betreffen, sollen jetzt platziert werden. Da gibt es eindeutig eine Schiefelage. Wir müssen im zweiten Teil der Föderalismusreform zusehen, dass dieses Land auf den Gebieten Bildung und Wissenschaft wieder an Boden gewinnt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über die **embryonale Stammzellforschung** haben wir in letzter Zeit durchaus widersprüchliche Meldungen vernommen. Im zweiten Erfahrungsbericht zum Stammzellgesetz hat die Bundesregierung eindeutig gesagt, dass sich das Stammzellgesetz in Deutschland bewährt hat. Andererseits heißt es, man könne sich Veränderungen dieses bewährten Gesetzes durchaus vorstellen, und die Bundesministerin sagt, dass wir eigentlich von der embryonalen Stammzellforschung wegmüssen.

In den letzten Monaten ist immer wieder gesagt worden – ich finde diesen Versuch bemerkenswert –: Wenn das 7. Forschungsrahmenprogramm startet, verändern sich die Regelungen; dann müssen wir in Deutschland mit einer Veränderung unseres Stammzellgesetzes nachziehen. Jetzt können wir feststellen: Die Regelungen für das 7. Forschungsrahmenprogramm sind die gleichen wie die, die für das 6. Forschungsrahmenprogramm galten. Es wird sogar gesagt, die Kommissionserklärung sei eine Verschärfung. Frau Schavan, wir erwarten, dass Sie dem Druck und den falschen Behauptungen weiterhin Widerstand entgegensetzen.

- (B) Frau Pieper, ich glaube nicht, dass wir einen Markt für den Handel mit weiblichen Eizellen brauchen. So eine Art von Marktwirtschaft wünsche ich mir nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg van Essen [FDP]: Das ist doch etwas, was gar nicht gefordert wurde! – Cornelia Pieper [FDP]: Haben Sie sich einmal mit dem wissenschaftlichen Ansatz auseinandergesetzt? Fragen Sie die DFG! – Ulrike Flach [FDP]: Zuhören, Frau Sager!)

Eine solche Entscheidung darf sich die Gesellschaft auch nicht mit dem Verweis auf die Forschungsfreiheit abnehmen lassen.

Schlechte **Karrierechancen von Frauen** haben uns schlechte Kritiken eingebracht, nicht nur von internationalen Gutachtern. Wir geraten auch auf europäischer Ebene ins Hintertreffen. Wir sehen, dass wissenschaftliche Kommissionen und Entscheidungspanels streng geschlechtergerecht zusammengesetzt werden. Wenn es für deutsche Wissenschaftlerinnen so schwierig ist, sich zu positionieren, dann haben wir auf europäischer Ebene das Nachsehen gegenüber den Skandinavien und den Niederländern. Ich finde es gut, dass uns die europäische Ebene widerspiegelt, dass wir in Deutschland auf diesem

Gebiet viel mehr tun müssen. Leider hat sich die Bundesregierung selbst die Hände gebunden, hier etwas voranzubringen, um die Chancen von Frauen in der Wissenschaft zu verbessern. Auf diesem Gebiet müssen wir dringend etwas tun. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort erhält nun der Kollege Carsten Müller für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

**Carsten Müller (Braunschweig) (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben von den Rednern der Oppositionsfraktionen eben allherd forschungspolitische Einsprengsel gehört. Das Kernthema, um das wir uns heute bemühen sollten, wurde allerdings nur am Rande gestreift. Es geht hier um das 7. Forschungsrahmenprogramm. Man kann sich das mit der Formel „drei mal sieben“ – Arend Oetker hat es vor wenigen Tagen in Bonn so formuliert – sehr einfach merken: Im Jahr 2007 startet mit einer Laufzeit von sieben Jahren das 7. Forschungsrahmenprogramm. Dann gelingt es einem auch, das Thema konsequenter anzugehen.

54 Milliarden Euro werden in den nächsten sieben Jahren für Forschung und Entwicklung durch die EU verausgabt. Das sind rund 60 Prozent mehr, als der Mittelansatz im Vorgängerprogramm betrug. Wir haben es zu Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft mit einem regelrechten Stakkato von forschungspolitischen Richtungsentscheidungen zu tun. Das 7. Forschungsrahmenprogramm startet im Januar, und der Europäische Forschungsrat nimmt seine Tätigkeit im Februar auf. Darauf freuen wir uns. Das zeigt, dass die Europäische Union das richtige Ziel ins Visier genommen hat. (D)

Es geht im Kern um die **Erreichung der Lissabonziele**, also darum, gemessen am Bruttoinlandsprodukt 3 Prozent für Forschung und Entwicklung aufzuwenden. Das Ganze ist kein Selbstzweck, so wie es beispielsweise die Kollegin Sitte glauben machen wollte, sondern es geht im Kern um nichts anderes als um die Schaffung von Wirtschaftskraft, die in die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in der Europäischen Union münden soll.

Deutschland hat heute einen F-u-E-Anteil von rund 2,5 Prozent. Damit liegen wir im europäischen Vergleich relativ gut. Der europäische Durchschnitt beträgt 1,8 Prozentpunkte. Wenn wir allerdings das Ziel vor Augen haben – wir wollen 3 Prozent erreichen –, wissen wir alle, dass wir noch eine Menge zu tun haben. Weltweit liegt Deutschland bedauerlicherweise derzeit nur auf Platz neun – hinter den USA, hinter Japan.

Wir müssen, um dieses Ziel zu erreichen, eines unbedingt sicherstellen, nämlich private Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen anreizen.

(Cornelia Pieper [FDP]: Was macht denn die Forschungsprämie?)

Carsten Müller (Braunschweig)

- (A) Mein Vorredner René Rösper hat dies betont und insbesondere die Ministerin hat es sehr präzise herausgearbeitet: Es geht darum, dass nicht nur öffentliche Mittel für Forschung und Entwicklung verausgabt werden, sondern wir erwarten ein erhebliches **Engagement der Privatwirtschaft**. Von dieser Stelle soll eine Aufforderung an die Privatwirtschaft ausgehen, diese Mittel tatsächlich zu investieren. Sie werden sehen, dass es zu einer enormen wirtschaftlichen Entwicklung kommen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben mit der positiven Begleitung des 7. Forschungsrahmenprogrammes durch die Große Koalition ein weiteres Mal untermauert, dass Forschung und Entwicklung im Fokus der Großen Koalition stehen. Am Montag dieser Woche fand in Bonn die Auftaktkonferenz zum 7. Forschungsrahmenprogramm statt. Diese war weltweit beachtet, und sie wurde europaweit besonders gut aufgenommen. Eine Vielzahl von europäischen Teilnehmern hat dieses Rahmenprogramm auf den Weg gebracht. Forschungskommissar Potočnik hat dort in Bezug auf den weltweiten Forschungswettbewerb zur Rolle Deutschlands – darum geht es heute hier – gesagt, unser Land sei der Schlüsselpartner im „Team Europe“. Das können wir vonseiten der Union nur unterstützen. Ich will das Bild wie folgt ausmalen: Das 7. Forschungsrahmenprogramm ist sozusagen die Spielaufstellung, und Deutschland sollte nach unserem Dafürhalten Spielführer im Team Europe sein, wenn es um das Voranbringen von Forschung und Entwicklung in Europa geht.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das hat seine tatsächliche Berechtigung. Denn schon im Vorgängerprogramm waren an mehr als 80 Prozent aller Programme deutsche Forscherinnen und Forscher beteiligt. Wichtige Bausteine für den Erfolg des 7. Forschungsrahmenprogrammes sind Kontinuität und Berechenbarkeit, beispielsweise gewährleistet durch die lange Laufzeit, aber auch die Vereinfachung beim Zugang zu den Verfahren. Wir wollen wenig Bürokratie, wir wollen einfache, schnell durchschaubare Verfahren, um zu erreichen, dass sich insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen künftig viel stärker als bislang am europäischen Forschungsrahmenprogramm beteiligen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Denn gerade dort, so haben wir festgestellt, sind Arbeits- und Ausbildungsplätze am ehesten zu schaffen.

Die vier wesentlichen Hauptüberschriften – neben dem Euratomprogramm – sind bereits genannt worden. Es geht hier – ich fasse es kurz zusammen – um das Programm Zusammenarbeit, um das Programm Ideen, um das Programm Menschen und schließlich um das Programm Kapazitäten.

Aus der thematischen Schwerpunktsetzung will ich, um einige Anmerkungen des Kollegen Rösper aus einer anderen Sichtweise zu beleuchten, zwei Themen aufgreifen:

- (C) Das erste ist das Thema **Sicherheitsforschung**. Hier haben wir eine durchaus andere Auffassung als die SPD-Fraktion. Wir sind der festen Überzeugung, dass Sicherheitsforschung ein Kernbedürfnis der Bevölkerung in Deutschland und in Europa ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Man geht, wie ich glaube, durchaus fehl, wenn man das nur auf terroristische Bedrohungen reduziert. Eine Vielzahl von Themen wird unter dieser Überschrift bearbeitet. Es geht zum Beispiel auch um den Umgang mit Naturkatastrophen und innere Sicherheit im Allgemeinen.

Das zweite wichtige Thema, das ich herausheben möchte, ist die **Energieforschung**. Hier ist ein durchaus ausgewogener Mix der verschiedenen Forschungsbereiche vorhanden. Die Forschung an erneuerbaren Energien wird mit genauso großem Aufwand unterstützt wie zum Beispiel die Fusionsforschung – auch das ist ein wichtiger Punkt – und kerntechnische Sicherheitsforschung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich habe mich schon ein wenig darüber gewundert, dass die Kollegin Dr. Sitte, als sie in ihren Ausführungen auf den letzten Punkt abhob, die Notwendigkeit der kerntechnischen Sicherheitsforschung etwas in Abrede stellte. Wir können die Wichtigkeit dieser Forschung allein schon daran erkennen, wenn wir uns vor Augen führen, welche atomaren Hinterlassenschaften eine SED-geführte DDR hinterlassen hat. Wir haben mit diesen Lasten heute noch zu kämpfen.

(Jörg van Essen [FDP]: Sehr guter Hinweis!)

(D) Ich glaube, das Geld ist in atomare Sicherheitsforschung gut investiert, zum einen für den Umgang mit den Hinterlassenschaften, zum anderen auch zur Eröffnung möglicher neuer Perspektiven.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die ersten Ausschreibungen sind gelaufen. Die ersten Informationsveranstaltungen waren gut besucht. Ich habe mich davon selber überzeugt. Bei der Auseinandersetzung mit der Struktur des Programms werden Sie festgestellt haben, dass im Jahre 2009 keine zusätzlichen Ausschreibungen laufen. Die Unionsfraktion hält es für angezeigt, diese Zwischentappe dafür zu nutzen, um zu evaluieren und zu erkunden, ob es uns gelungen ist, kleine und mittelständische Unternehmen stärker für Forschung und Entwicklung zu begeistern. Begeisterung ist nämlich genau das, was wir im Wesentlichen mit dem 7. Forschungsrahmenprogramm und auch den flankierenden Maßnahmen der Bundesregierung – 6-Milliarden-Programm, Hightechstrategie – erreichen wollen. Wir wollen junge Menschen dafür begeistern, sich für entsprechende Berufe in Forschung und Entwicklung und damit für naturwissenschaftlich-technische Ausbildungen zu interessieren. Nur dann gelingt es uns, unseren Spitzenplatz in der Welt zu verteidigen und auszubauen.

Schließen möchte ich mit einem Zitat des EU-Forschungskommissars, der am Montag davon sprach, fol-

**Carsten Müller (Braunschweig)**

- (A) gendes Schlagwort den jungen Menschen zu Gehör zu bringen: „Science can be cool“ – Forschung kann cool sein. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns nicht kleinkariert sein, sondern am besten in Zusammenarbeit aller Fraktionen dazu beitragen. Hierzu fordere ich Sie auf. Sie können einen ersten Schritt tun, indem Sie dem Unionsantrag zum 7. Forschungsrahmenprogramm zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich erteile das Wort dem Kollegen Swen Schulz, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Swen Schulz (Spandau) (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es handelt sich um einen Koalitionsantrag, lieber Kollege Müller, um das noch einmal klarzustellen.

(Cornelia Pieper [FDP]: Richtig! Habe ich auch gerade festgestellt! – Jörg van Essen [FDP]: Was er gesagt hat, war sehr vernünftig!)

- (B) Die aktuelle europapolitische Diskussion macht deutlich, dass wir für die europäische Integration neue Impulse benötigen. Viele Menschen haben verinnerlicht, dass Europa ein historisches Projekt ist vor dem Hintergrund der Geschichte von Krieg, Leid und Tod. Doch Frieden und gefällene Grenzbäume sind für viele selbstverständlich geworden. Die Leute fragen heute genauer nach dem Nutzen und sind besorgt über mögliche Nachteile der Europäischen Union.

Es geht nun um andere Fragen; das sehe ich ganz ähnlich wie die Kollegin Sitte. Wir brauchen **neue Ideen für Europa**. Was eignet sich dafür besser als gemeinsame Bildung und Forschung? Gemeinsam können wir erfolgreicher sein bei Innovationen. Gemeinsam können wir die Wirtschaft stärker ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen. Das ist aber, lieber Kollege Müller, nicht alles. Mit gemeinsamer Forschung können wir die Dinge leichter verändern und das Leben der Menschen verbessern, indem wir zum Beispiel die Energieversorgung vernünftig organisieren, die Umwelt schützen und kranken Menschen helfen. Das 7. Forschungsrahmenprogramm trägt dem Rechnung. Wir wollen und wir werden unseren Teil dazu beitragen, dass europäische Forschung die Gesellschaft voranbringt.

(Beifall bei der SPD)

Darum ist es auch wichtig, dass wir nicht wahllos in Technologie investieren. Das muss vielmehr mit Sinn und Verstand passieren. Dafür benötigen wir die **Geistes- und Sozialwissenschaften**.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

(C) Wir brauchen eine Einschätzung von gesellschaftlichem Bedarf an Technologie, eine verantwortungsbewusste Wissenschaft; ein Verständnis der Kulturen ist nötig sowie Konzepte zur Vorbeugung und zur Beilegung von Konflikten. Ich möchte auch betonen: Die Geistes- und Sozialwissenschaften tragen erheblich zum Wirtschaftswachstum und zum Arbeitsmarkt bei. Deshalb ist es richtig, dass in der EU die Geistes- und Sozialwissenschaften gestärkt werden. Ich danke der Bundesregierung, ich danke der Ministerin dafür, dass sie darauf besonderen Wert legt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Gerade Deutschland hat als zentral gelegenes Land mit vielen Nachbarn und als Exportnation ein vitales Interesse an europäischer Zusammenarbeit. Das gilt auch für die Wissenschaft. Darum wollen wir auch, dass in den **neuen Mitgliedstaaten** Strukturen und Kompetenzen aufgebaut werden. Gleichzeitig ist wichtig, dass die Forschungsmittel ausschließlich nach Exzellenz und nicht nach regionalem Proporz vergeben werden.

Die Frage, die sich dann stellt, ist: Wie erhalten die ärmeren Mitgliedstaaten in dem Wettbewerb überhaupt eine Chance? So, wie wir in Deutschland einen fairen Wettbewerb zwischen den Bundesländern organisieren müssen, ist das auch in Europa nötig. Um das zu erreichen, müssen die Mittel, die für die Regionalförderung vorgesehen sind, in erheblichem Maße in den Aufbau der Bildungs- und Forschungslandschaft der neuen Mitgliedstaaten gesteckt werden, damit sie möglichst schnell aufschließen und die europäische Wissenschaft stärken. Auf lange Sicht wird es uns runterziehen, wenn Europa geteilt bleibt und die eine Hälfte lediglich Bittsteller ist. Ich freue mich sehr, dass die Bundesregierung das erkannt hat und eine entsprechende Politik vorantreibt. Sie hat da unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

(D) Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können uns alle schönen Überlegungen, Investitionen in Forschung sowie die verschiedenen Programme und Projekte sparen, wenn wir eines vernachlässigen, nämlich die Menschen zu fördern. Auch das ist gerade mit Blick auf die **jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler** im 7. Forschungsrahmenprogramm aufgenommen durch die Marie-Curie-Maßnahmen, durch die Stipendien, die Mobilitätsförderung, durch den Europäischen Forschungsrat und anderes mehr.

Doch bevor das jetzt ausschließlich eine reine Lobeshymne auf die EU wird, möchte ich zwei Dinge kritisch ansprechen.

Erstens. Trotz der enormen Budgetsteigerung für die Forschung gibt die EU immer noch zu viel für die falschen Prioritäten aus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Cornelia Pieper [FDP])

Ich nenne aus Zeitgründen nur die Stichworte „Landwirtschaft“ und „Atomenergie“.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sven Schulz (Spandau)

- (A) Zweitens: das EIT, das Europäische Technologieinstitut; das wurde schon angesprochen. Ehrlich gesagt, erschließt sich mir das Konzept nicht so recht. Die Bundesregierung hat dankenswerterweise schon dazu beigetragen, das Schlimmste zu verhindern, dass nämlich das Institut quasi auf die grüne Wiese gestellt wird. Aber ich frage mich auch: Was soll das neue Konzept des Netzwerkes bringen? Woher sollen die Milliarden dafür kommen? Ich habe die herzliche Bitte an die Bundesregierung für die Ratspräsidentschaft, aber auch darüber hinaus: Passen Sie ganz besonders auf dieses Thema auf, passen Sie auf, dass da kein Unfug geschieht.

Die **Gesamtbilanz** der EU-Forschungspolitik ist aber positiv. Die Bundesregierung hat wesentlich dazu beigetragen. Der Koalitionsantrag macht das im Einzelnen deutlich und setzt die richtigen Akzente für die künftigen Herausforderungen.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: So wichtig und hilfreich Europa ist, wer glaubt, dass die nationalen Anstrengungen vernachlässigt werden können, begeht einen schweren Fehler. Unsere Hausaufgaben müssen wir schon in Deutschland machen.

(Beifall bei der SPD)

Die Regierungskoalition zeigt mit der Hightechstrategie, dem 6-Milliarden-Programm und vielen anderen Initiativen, wie das geht.

Vielen Dank.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Hans-Josef Fell ist der nächste Redner für die Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen.

**Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Forschung und Wissenschaft sollen und können entscheidende Beiträge zur Lösung aktueller Probleme liefern. Zu Recht wurden sie deshalb in den Mittelpunkt der Lissabonstrategie gestellt, mit dem Ziel, Ausgaben in Höhe von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Forschung anzustreben.

Die Aufgaben liegen klar auf der Hand und sind in der Lissabonstrategie aufgezeigt worden: Beschäftigung, Wettbewerb, Umweltschutz, Klimaschutz und einiges mehr.

Eine Erhöhung der Forschungsmittel ist mit dem 7. Forschungsrahmenprogramm durchaus gelungen. Doch zur Erreichung des 3-Prozent-Ziels wäre mehr notwendig und auch mehr möglich gewesen.

(Beifall der Abg. Cornelia Pieper [FDP])

Wer hat das verhindert? Auf dem Finanzgipfel war es eine der ersten Handlungen von Kanzlerin Merkel, einen Finanzplan vorzulegen, um diese Finanzmittel im Hinblick auf den Vorschlag von Potočnik zu verringern. Das

war beim wichtigen Ziel der Forschung eine Fehlleistung und ein Fehlstart der Bundesregierung. (C)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Doch es ist nicht nur mehr Geld für die Forschung wichtig – es ist gut, dass mehr Geld zur Verfügung gestellt wurde –, sondern es ist auch wichtig, wofür das Geld ausgegeben wird. Es sind durchaus gute und wichtige Maßnahmen vorgesehen, beispielsweise in den Bereichen Gesundheit, Nanotechnologie, Geistes- und Sozialwissenschaften, Informationstechnologie und Umweltforschung.

Aber ich stimme meinem Kollegen Sven Schulz zu: Es gibt auch deutliche Defizite und Fehlinvestitionen. Wenn wir uns beispielsweise die Arbeitsplatzsituation anschauen – die Schaffung von Arbeitsplätzen ist schließlich ein wichtiges Ziel, das mit der Forschung verfolgt werden soll –, stellen wir fest: Die Stütze für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa ist der **Mittelstand**. Im 7. Forschungsrahmenprogramm ist bei der Mittelstandsunterstützung allerdings kein Schwerpunkt gesetzt worden. Beispiel: Maschinenbau. Wo wird diese Branche erwähnt? Sie ist eine große Stütze der europäischen Wirtschaft. Im 7. Forschungsrahmenprogramm: Fehlanzeige. An dieser Stelle wird es seinen Aufgaben nicht gerecht.

Beispiel: Ernährung. Wir alle wissen, wie wichtig die Ernährungssicherung ist, und wie wichtig es ist, eine sinnvolle Ernährungspolitik anzustreben. Aber worauf wird im 7. Forschungsrahmenprogramm gesetzt? Hier haben sich die Interessen der Agro-Gentechnik durchgesetzt und nicht diejenigen der **biologischen Landwirtschaft** und des **Verbraucherschutzes**. Allerdings sind alle diese Interessen wichtig. Statt neue Arbeitsplätze zu schaffen – bisher ist die Agro-Gentechnik sehr erfolglos –, hat Ihr Vorgehen in diesem Bereich zur Inakzeptanz der Bevölkerung geführt. Obwohl die biologischen Lebensmittel boomen, finden sie im 7. Forschungsrahmenprogramm keine Unterstützung. (D)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Klima- und Energieversorgungsprobleme sind in aller Munde. Hier versagt das 7. Forschungsrahmenprogramm fast völlig. Insgesamt werden zusammen mit den Euratommitteln, die gleichzeitig verabschiedet werden, 4 Milliarden Euro für die völlig erfolglosen Kernspaltungen und Kernfusionen bereitgestellt. Im Vergleich dazu – Frau Sitte hat das schon gesagt – werden für **erneuerbaren Energien** und **Energieeffizienz** nicht einmal 1 Milliarde Euro zur Verfügung gestellt. Das ist eine grandiose Differenz.

Betrachten wir einmal die Vergangenheit: In der OECD wurden die Mittel für die öffentliche Energieforschung 50 Jahre lang zu 80 Prozent für Kernspaltung und Kernfusion eingesetzt. Das Ergebnis ist beschämend: 2,5 Prozent der Weltenergienachfrage werden durch diese Technologien abgedeckt, durch Kernfusion gar nichts.

(Ulrike Flach [FDP]: Doch! Oh doch!)

Hans-Josef Fell

- (A) Das wird auch in den nächsten 50 Jahren so bleiben. Dennoch wurden die Schwerpunkte erneut an dieser Stelle gesetzt. Das ist eine grandiose Fehlleistung.

Als es um diesen Vorschlag von Potočnik ging, gab es vonseiten der Bundesregierung keinen Widerspruch. Auch die beiden großen Fraktionen haben sich nicht für eine Erhöhung der Mittel für die erneuerbaren Energien und für die Energieeffizienz eingesetzt. Lediglich das EU-Parlament – meine Kollegin Krista Sager hat das schon erwähnt – hat sich hier wenigstens ein Stück weit in diese Richtung bewegt und Verbesserungen vorge schlagen. Auch Umweltminister Gabriel hat sich nicht dafür eingesetzt.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Das stimmt doch alles gar nicht!)

Seine Rhetorik für erneuerbare Energien war eine reine Fehlanzeige. Es gab keine Investitionen und keine Maßnahmen auf EU-Ebene, diese Fehlallokation im 7. Forschungsrahmenprogramm zu korrigieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hoffe, das wird sich in Zukunft ändern. Wir brauchen eine Erhöhung der Mittel für Forschung und Entwicklung, für die erneuerbaren Energien, für die biologische Landwirtschaft und für den Mittelstand. Es liegen noch viele Aufgaben vor uns, die noch nicht erfüllt sind, die aber einer Erfüllung harren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) **Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich erteile das Wort der Kollegin Ilse Aigner, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Ilse Aigner (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 1. Januar dieses Jahres ist das 7. Forschungsrahmenprogramm in Kraft getreten, das Herzstück europäischer Forschungspolitik. Wir haben heute schon viel über die Strukturen und die Neuerungen gehört. Ich möchte deshalb etwas Grundsätzliches zur europäischen Forschungspolitik sagen.

Das Motto der deutschen EU-Ratspräsidentschaft lautet: „Europa gelingt gemeinsam“. Die Herausforderung ist groß. Am 1. Januar dieses Jahres ist die EU auf 27 Mitgliedstaaten angewachsen, ist noch unterschiedlicher, noch vielstimmiger geworden. Ist die Forschungspolitik nun genau das Feld, dem wir uns zuvorderst widmen sollten? Ich sage: Ja. Erfolg oder Scheitern Europas werden von keinem Bereich so abhängen wie von Bildung, Wissenschaft und Innovationen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

**Forschung und Wissenschaft** halten Europa zusammen, sie sind Teil seiner Identität und seiner Zukunft. Wissenschaftler und Ingenieure bauen ebenso an dem gemeinsamen Haus Europa wie Politiker und Unterneh-

mer. Heute gibt es in Europa mehr wissenschaftliche Institute, Hochschulen und Laboratorien als Burgen, Schlösser und Museen. Auch die Wissenschaft prägt die kulturelle Landschaft unseres Kontinents. Europa ist die Wiege der modernen Wissenschaft. Sie ist eine zutiefst europäische Errungenschaft, von den Anfängen griechischer Philosophie über die Aufklärung bis in die heutige Zeit.

Forschung und Wissenschaft haben wir eindeutig auf der positiven Seite zu verzeichnen. Über Kriege und Krisen hinweg haben Kooperationen in Wissenschaft und Forschung Europa immer wieder zusammengeführt. Der gemeinsame Forschungs- und Hochschulraum war früher eine Selbstverständlichkeit. Es gibt kaum eine große Forscherpersönlichkeit – stellvertretend seien Alexander von Humboldt und Justus von Liebig genannt –, die nicht in Europa zu Hause gewesen wäre. Dieses Erbe müssen wir wieder neu gewinnen und erarbeiten. Unsere reiche wissenschaftliche Vergangenheit ist kein Grab der Geschichte, sondern eine Schatzkammer, aus der wir schöpfen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Europa ist mehr als eine Subventions-/Umverteilungsgemeinschaft. Wir brauchen eine Leitvorstellung von der Zukunft Europas, seinem Platz und seinem Beitrag für die Fortentwicklung der Menschheit. Leistungen in Forschung und Wissenschaft sowie Innovationen gehören unverzichtbar dazu. Die europäische Forschungspolitik hat seit der Gründung der Gemeinschaft immer mehr an Bedeutung gewonnen. Bereits im Vertrag der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist sie erwähnt, und im Euratomvertrag spielte sie von Anfang an eine große Rolle.

Das erste Forschungsrahmenprogramm startete 1984. Seit der Einheitlichen Europäischen Akte 1987 ist Europa auch vertraglich eine **Forschungs- und Technologiegemeinschaft**. Dieser Vertrag verpflichtet die Union, die wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der Wirtschaft zu stärken und dadurch ein hohes Maß an internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Mit der im Jahr 2000 verabschiedeten Lissabonstrategie kommt der Forschung die zentrale Rolle in Europa zu.

Das 7. Forschungsrahmenprogramm ist ein riesengroßer Schritt nach vorne. Der European Research Council ist für die europäische Forschungsförderung eine Revolution. Wir sind stolz, dass er nach dem Modell der DFG konzipiert ist. Ich darf anmerken, dass unser Professor Winnacker, als langjähriger Präsident der DFG ein erfahrener Mann, als Erster an der Spitze des ERC steht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir wollen aber keine zentralistische europäische Forschungspolitik; das ist trotz der Stärkung des Gemeinschaftsprogramms nicht unser Ziel. Wir setzen auch in der Forschungspolitik auf das **Subsidiaritätsprinzip**. Die Aufgabe der EU-Forschungspolitik ist es, aus dem vielfältigen Mosaik der nationalen Forschungspolitiken ein stimmiges Bild zu machen, sie muss Synergien frei-

**Ilse Aigner**

- (A) setzen und einen Mehrwert erzeugen. Wenn wir mit unserem Modell der EU-Forschungspolitik Erfolg haben wollen, kommt es entscheidend auf zwei Dinge an:

Erstens. Es kommt auf die Qualität an. Die EU-Forschungspolitik muss spitze sein. Das Forschungsrahmenprogramm ist ein Exzellenzinstrument, keine Gießkanne und kein Mittel zur Regionalentwicklung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Exzellenz ist existenziell für unseren Erfolg.

Zweitens. Es kommt auf die Mitgliedstaaten an. Sie müssen mitziehen und auch national deutlich mehr investieren. Deutschland ist mit der Hightechstrategie Vorreiter in Europa. Sie ist genau abgepasst und komplementär zu den europäischen Aktivitäten. Wir werden unsere EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um unsere Partner in Europa für die Hightechstrategie zu gewinnen und sie mitzureißen. Wir wollen zahlreiche Nachahmer finden, um die Zukunft Europas mit zündenden Ideen zu gestalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort erhält nun der Kollege Dieter Grasedieck, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Dieter Grasedieck (SPD):**

- (B) Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Präsident sprach zu Beginn von Harmonie. Wir sehen, dass Harmonien im Parlament eigentlich nur Schlaglichter sind. Ich dachte, dass die Opposition zu diesem Antrag grundsätzlich sagen würde: Das ist gut, wir hätten es nicht besser machen können. – Danach hätte man ja die Gründe nennen können. Das wäre gut gewesen. Aber: Absolute Fehlanzeige!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf von der CDU/CSU: Man darf die Opposition nicht überschätzen!)

Die eigentliche Botschaft dieses Programms – das hat unter anderem auch Carsten Müller angesprochen – lautet: Team Europe. Mit einer gemeinsamen **EU-Forschung** gewinnen wir unsere Zukunft. Hier müssen wir einen Schwerpunkt setzen. Visionen und neue kreative Ideen entstehen durch Gespräche, Austausch und Zusammenarbeit. Dadurch können sehr viele neue Produkte entwickelt werden. Das ist das Ziel. Auf der einen Seite brauchen wir eine innovative Forschung, und auf der anderen Seite brauchen wir natürlich auch innovative Produktionen. Die Zeit zwischen diesen zwei Polen muss verkürzt werden. Das ist auch ein wichtiges Ziel, das mit diesem EU-Forschungsrahmenprogramm verfolgt wird. Es muss hier in Europa in der Zukunft zügiger laufen. Dadurch werden natürlich Arbeitsplätze abgesichert. An den verschiedensten Stellen waren wir dabei ganz sicher bereits erfolgreich.

Schauen Sie sich einmal die **Regionen** und die Zusammenarbeit dort an, zum Beispiel die Verbindung von

Aachen und Belgien sowie den Niederlanden. Dabei haben nicht allein die Hochschulen zusammengearbeitet. Der Mittelstand war daran natürlich auch beteiligt. Das soll innerhalb dieses Forschungsrahmenprogramms auch herausgearbeitet werden. Die eigentliche Zielsetzung ist, dass sich das genau so entwickeln wird.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Europa und Deutschland waren dabei erfolgreich. Dies gilt trotz aller Turbulenzen aufgrund von Airbus in der letzten Zeit auch für den Bereich der **Luft- und Raumfahrt**. Wir haben hier viel erreicht. Hier entstehen viele neue Arbeitsplätze, die für die Zukunft natürlich abzusichern sind. Nach Aussage der Wissenschaftler wird es bis 2020 zu einer Verdopplung des Luftverkehrs kommen. Wenn das wirklich so kommt, dann werden der Mittelstand und auch die Kleinbetriebe natürlich davon profitieren. Die Spitzentechnologien müssen sich weiterentwickeln.

In diesem Zusammenhang kann man auch noch Ariane nennen. Mehrere Satelliten mit einem Gesamtgewicht von 8,3 Tonnen sind im vergangenen Jahr mit ihr in den Weltraum gebracht worden. Das ist ein europäisches Produkt. Deutschland hat davon natürlich profitiert. Auch die Satellitenforschung, die ich am Rande mit aufführe, war ein Erfolgsmodell hier in Deutschland, bei dem der Maschinenbau genauso wie die Elektrotechnik mit im Boot waren. Das werden wir durch dieses EU-Forschungsrahmenprogramm auch weiterhin betreiben. Dies ist eine wichtige Zielsetzung. Wir haben hier noch viel zu tun. Ich nenne zum Beispiel die Navigation für Blinde, die in der kommenden Zeit weiterentwickelt werden soll.

Im EU-Forschungsrahmenprogramm wird ein weiterer Schwerpunkt bei der **Energietechnologie** gesetzt. Hier kann man die Energieeffizienz herausstellen. Wir sparen nicht nur Strom bzw. Energie, wir reduzieren natürlich auch den CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Auch das ist ein ganz wichtiger Punkt für die Zukunft, der von vielen bereits genannt worden ist. Durch die Energieeffizienz und die Forschung in diesem Bereich schaffen wir natürlich viele Arbeitsplätze.

Wir können einen Exportschlagler daraus machen. Das entwickelt sich ja auch schon entsprechend. China und Russland brauchen hier Unterstützung. Die russischen Wissenschaftler sagen, dass man in Russland 40 Prozent der Energie einsparen kann. Unsere Industrie arbeitet auf diesem Gebiet natürlich schon intensiv.

Auch die erneuerbaren Energien sind ein Exportschlagler in Deutschland. Wir müssen die Kraftwerkstechnologie in der kommenden Zeit weiterentwickeln. In Bezug auf CO<sub>2</sub>-freie Kraftwerke gibt es drei Modelle. Das muss verstärkt werden. Da müssen wir zusammenarbeiten, auch mit den anderen Ländern in Europa.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist aber auch schon angesprochen worden, dass nicht nur die Technik unterstützt wird. Auch die Pädagogik, die Erziehungswissenschaften werden einbezogen. Zum Beispiel soll das **E-Learning** in der Bildung, in der Lehre als additives Element eingebaut werden. E-Learning-Elemente

Dieter Grasedieck

- (A) sollen den Präsenzunterricht in Form der Vorlesung an der Hochschule oder in der Schule ergänzen. Auch hier muss die Frage gestellt werden: Können wir – das ist ja ein wichtiges Ziel – die Qualität der Bildung durch solche Maßnahmen steigern? Auch da wird das EU-Forschungsrahmenprogramm helfen und unterstützen. 80 Prozent aller Projekte werden im Übrigen von unseren Wissenschaftlern begleitet. Auch dadurch schaffen wir Arbeitsplätze.

Zusammenfassend kann man sagen: Das EU-Forschungsrahmenprogramm schafft Arbeitsplätze in Deutschland; das ist ein ganz wichtiger Punkt. Nur gemeinsam mit Europa werden wir die Zukunft gewinnen.

Glück auf!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Jörg Tauss, ebenfalls für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Jörg Tauss (SPD):**

- Trotz „Glück auf“ kommt nicht der Steiger. – Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Kollegin Pieper, ich denke, wir sollten eines hier im Hause nicht tun. Es gibt zwei Themen, von denen wir wissen, dass sie an Stammtischen, in der Öffentlichkeit und auch in Teilen der Presse häufig sehr reißerisch dargestellt werden, nämlich Europa und Entwicklungshilfe. Wir sollten nicht der Versuchung erliegen, uns an einer solchen reißerischen Darstellung zu beteiligen. Deswegen fand ich Ihren Beitrag zur **Entwicklungshilfe** bezogen auf **China** nicht sehr glücklich. Weil das nicht zum ersten Mal der Fall war, will ich mir jetzt doch einmal erlauben, an dieser Stelle einen Satz dazu zu sagen.
- (B)

Deutschland leistet in China Entwicklungshilfe – das ist richtig –, aber ausschließlich im Rahmen der Millenniumsziele. Wir fördern Umweltschutz und regenerative Energien. Wir fördern Aidsprävention im bevölkerungsreichsten Land der Welt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir fördern den Rechtsstaatsdialog und die Armutsbekämpfung. Ich glaube, die Zusammenarbeit mit China und die Entwicklung in China liegen in unserem elementaren Interesse, wenn China in Zukunft die Bedeutung haben wird, die diesem Land zugeschrieben wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sollten wir hier nicht einfach sagen, wir würden mal eben 300 Millionen Euro nach China geben.

Europa ist oft genug in der Diskussion. Ich bin der Letzte, der hier sagen würde, er habe keine Kritik an dem einen oder anderen Punkt in Bezug auf Bürokratie und in anderen Bereichen gehabt – selbstverständlich. Wer hat keine Kritik? Auch im eigenen Land haben wir Hausaufgaben zu erledigen. Aber mit dem 7. Forschungsrahmenprogramm der EU hat Europa tatsächlich

eine Leistung erbracht, natürlich mit Unterstützung der nationalen Regierungen und einem wesentlichen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland, für den ich dankbar bin und der die Handschrift dieses Programms ein Stück weit ausmacht. Das heißt, die Schwerpunkte, die wir haben, sind in Europa anerkannt. Ohne unseren Beitrag wären diese Schwerpunkte, Kollege Fell, in Europa nicht übernommen worden. Wir sollten hier nicht so tun, als ob es da in diesem Programm irgendwelche Defizite gäbe und als ob wir unsere Hausaufgaben nicht erledigt hätten.

(C)

Die **KMU-Förderung** ist ein klassisches Beispiel. Für mich, Kollege Fell, ist die KMU-Förderung nicht zuvörderst Aufgabe des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU. Selbstverständlich sollen vor allem kleine und mittlere technologiegetriebene Unternehmen Zugang zu diesem Programm haben. Aber KMU-Förderung ist zunächst einmal eine Hausaufgabe, die wir im eigenen Land erledigen müssen und erledigen wollen, was wir auch tun werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben in diesem Bereich einige Schwerpunkte gesetzt. Wir diskutieren im Moment noch mit dem Wirtschaftsministerium. Die Frage der Forschungsprämie betrifft zwar nicht die KMU-Förderung; aber sie ist ein ganz wesentlicher Beitrag dazu, dass kleine und mittlere Unternehmen, die bisher noch keinen Zugang zu Technologie haben, diesen bekommen. In diesem Bereich, Kollege Fell, haben wir also ebenfalls keine Defizite.

Aber nun zum Forschungsrahmenprogramm selbst. Es hat vier Schwerpunkte; sie sind in Teilen beschrieben worden. Ich will noch einmal auf die 54 Milliarden Euro zu sprechen kommen, damit alle sehen können, wo das Geld bis zum Jahr 2013 hinfließt.

(D)

Der erste Schwerpunkt in diesem Bereich ist die **Kooperation**, ausgestattet mit einem Finanzvolumen von 32 Milliarden Euro. Kollege Fell, hier liegen die Schwerpunkte selbstverständlich in den Bereichen Energie, Umwelt und Klimawandel. Was wäre das für ein Forschungsprogramm, wenn der Klimawandel, eine der zentralen Herausforderungen der Zukunft und der Menschheit, kein Thema wäre. Dieser Punkt ist im ersten Teil dieses Programms enthalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es sind auch andere Teile enthalten: Gesundheit, Lebensmittel, Landwirtschaft und selbstverständlich auch Biotechnologie. Wir wollen schauen, wo da die Chancen liegen. Deswegen verniedlicht doch niemand die Risiken. Selbstverständlich spielen auch die Sozial- und Geisteswissenschaften eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang.

Das zweite Programm „Ideen“ wird mit 7,5 Milliarden Euro ausgestattet. Die Förderung von **Ideen** halte ich für hochinteressant. Dazu soll auch der European Research Council gehören unter Leitung – das wurde schon mehrfach angesprochen – des Generalsekretärs Winnacker. Ich glaube, es eröffnet hervorragende Mög-

**Jörg Tauss**

- (A) llichkeiten, wenn wir über dieses Programm die kreativsten Forscherinnen und Forscher in Europa fördern wollen. Das ist Aufgabe dieses Bereichs.

Mit dem dritten Programm „Menschen“ sollen die sogenannten Marie-Curie-Maßnahmen verstärkt werden. Das ist von der Ministerin schon angesprochen worden. Hier wollen wir für den **Forscherberuf** werben. Wir wollen dafür werben, dass mehr junge Menschen in den Bereich Wissenschaft gehen und dass – das ist ein deutsches Problem und kein europäisches Problem – mehr junge Frauen in die Wissenschaft gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist eine Schande für Deutschland, dass es uns nicht wie anderen europäischen Staaten und anderen Staaten in der Welt gelingt, junge Frauen für den Bereich Wissenschaft zu gewinnen. Das wäre aber aufgrund unseres Bedarfs notwendig und würde dem Begabungspotenzial der Frauen entsprechen. Das heißt also, auch hier liegen Chancen des Programms. Ich hoffe, dass das auch für uns zutrifft.

Der vierte Programmteil trägt die Überschrift „Kapazitäten“. Es geht darin um Forschung und **Innovation**. Dazu zählen die Forschungsinfrastruktur und die KMU-Förderung, aber nicht mit der Gießkanne.

- (B) Frau Pieper, Sie haben wieder den ganzen Katalog alter Technologien aufgeführt. Über die Kernkraft könnten wir jetzt tagelang streiten. Ich halte es in Europa für einen gesellschaftspolitischen Skandal – darüber müssen wir diskutieren, wenn es um Europa geht –, dass der Bereich von Euratom der einzige Bereich ist, in den Milliardenbeträge fließen und bei dem die Parlamente keinen Zugriff haben und nicht mitreden dürfen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zu ändern, muss einer der zentralen Punkte in der europäischen Verfassung sein. Deswegen bin ich für die europäische Verfassung. Es darf nicht sein, dass nicht-demokratisch legitimierte Strukturen ungeheure Beträge in eine Technologie stecken, über die man streiten kann.

Frau Pieper, in den letzten Wochen gab es in diesem Lande doch wirklich eine Aufbruchstimmung an den Universitäten. Die **Exzellenzinitiative**, die wir gestartet hatten, wurde in der letzten Zeit diskutiert, auch wenn es eine verzerrende Berichterstattung der Medien bis hin zur Tagesschau gegeben hat.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Tauss, ich ahne, dass Sie sich jetzt in die Ihnen typische Betriebstemperatur geredet haben.

(Heiterkeit)

**Jörg Tauss (SPD):**

Ja, Sie haben völlig recht.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Wenn ich Ihren Redefluss jetzt nicht sanft und freundlich beende, dann führt es zu einem unüberschaubaren, weil nicht absehbaren Finale.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich weise Sie also auf Ihre längst überschrittene Redezeit hin.

**Jörg Tauss (SPD):**

Herr Präsident, gestatten Sie mir dennoch eine Schlussbemerkung. Auch für Sie dürfte sie interessant sein.

Bei der Berichterstattung über die Exzellenzinitiative wurde so getan, als ob es um eine Art Bundesliga für Universitäten ginge. Wir haben aber auch hervorragende Universitäten, die nicht ausgezeichnet wurden und die für die Regionen, Stichwort „Lehrerausbildung“, wichtig sind. Herr Präsident, ich bin dankbar, dass Sie mir gestatten, darauf hinzuweisen: Exzellenz ist wichtig, aber in Deutschland können wir auf die Breite unserer Hochschulen stolz sein. Diese müssen wir fördern und stärken.

Ich bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege Tauss, ich bestätige gerne, dass insbesondere Ihre Schlussbemerkung meinen Informationsstand wesentlich befördert hat.

(Heiterkeit)

Das wäre allerdings auch dann der Fall gewesen, wenn Sie sie gleich zu Beginn vorgetragen und pünktlich geschlossen hätten.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung auf Drucksache 16/2891. Der Ausschuss empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung die Annahme des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 16/1547 mit dem Titel „Innovationen für Deutschland durch das Siebte Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Die Beschlussempfehlung ist mit breiter Mehrheit angenommen.

Unter Nr. 2 seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen auf Drucksache 16/710 mit dem Titel „Zukunftsfähige Forschung in Europa stärken“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Auch diese Beschlussempfehlung ist mit Mehrheit angenommen.

Zum Zusatzpunkt 2 gibt es die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technik-

(C)

(D)



**Präsident Dr. Norbert Lammert**

- (A) folgenabschätzung auf Drucksache 16/2738 zu dem Antrag der Fraktion der FDP mit dem Titel „Voraussetzungen für Entwicklung, Bau und Betrieb einer Europäischen Spallations-Neutronenquelle in Deutschland schaffen – Deutsche Bewerbung vorantreiben“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 16/386 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Auch diese Beschlussempfehlung ist mit Mehrheit angenommen.

(C)

I

(B)

(D)